

Die Wende in der DDR und die Einheit Deutschlands aus kirchlicher und theologischer Sicht

Von Michael Ulrich

Die Tatsachen

Am 7. Oktober 1989 feierte die Regierung der DDR traditionsgemäß ihren »Tag der Republik« vor der DDR-Prominenz und ausländischen Diplomaten mit viel Eigenlob und den üblichen Ordensverleihungen. Viele der Ausgezeichneten nahmen aber die Ehrungen nicht mehr an. Auf dem Hauptbahnhof von Dresden war es an den Tagen zuvor zu gewaltsamen Zusammenstößen von Ausreiseforderern mit der Polizei gekommen und zu Verhaftungen, sogenannten Zuführungen. Erstere hatten versucht, auf Eisenbahnzüge zu springen, die gefüllt waren mit Landsleuten, die sich auf der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland ihre Ausreise erzwungen hatten und die nun auf dem Weg in die Bundesrepublik auf Anweisung von Ost-Berlin über das Gebiet der DDR fahren mußten. Die Demonstranten auf dem Dresdner Bahnhof wiederholten im Sprechchor: »Wir wollen raus!«

Am Tag darauf, am 8. Oktober, fuhren Lautsprecherwagen durch Dresden und machten bekannt: »Wer unser Land verlassen will, soll sich im Rathaus melden. Die Ausreiseanträge werden genehmigt.« Die Demonstranten riefen darauf: »Wir bleiben hier!« Sie wurden trotzdem niedergeknüppelt und abtransportiert. Am Abend dieses Tages verhandelten die beiden katholischen Geistlichen, Domvikar Frank Richter und der Dresden-Pieschener Kaplan Andreas Leuschner, spontan im Namen der Demonstranten mit den Sicherheitskräften, um eine gewaltfreie Lösung zu erreichen. Ohne davon zu wissen, setzten sich gleichzeitig Landesbischof Johannes Hempel und Superintendent Christof Ziemer beim Oberbürgermeister Berghofer für eine friedliche Lösung des Konflikts ein. Durch diese beiden nicht koordinierten Initiativen kam das zustande, was man später das »Dresdner Modell« nannte. Die Demonstranten wählten aus ihrer Mitte 20 Vertreter, die »Gruppe der 20«, die mit den Behörden verhandelten und am folgenden Tag in den zentralen Kirchen der Stadt über ihre Ergebnisse berichteten. Noch am selben Tag informierten sie andere Städte von ihrem Weg.

Am Tag darauf, am 9. Oktober, wird in Leipzig die seit Wochen üblich gewordene Montagsdemonstration auf dem Innenstadtring, die sich an das Friedensgebet in der Nikolaikirche und den anderen Innenstadtkirchen anschließt, nicht — wie angedroht und vorbereitet — nach chinesischem Vorbild mit Waffengewalt erstickt, sondern zu einer mächtigen Demonstration der Gewaltlosigkeit.

Am 18. Oktober wird Erich Honecker von seinem eigenen Politbüro zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger, Egon Krenz, spricht von einer notwendigen Wende in der DDR. Um das mit einem deutlichen Zeichen zu bekräftigen und die Flut der Ausreisenden zu stoppen, öffnet er die Grenzen des Landes. An allen Orten strömt das Volk jetzt in Massen zu den Demonstrationen. Sie rufen im Sprechchor: »Wir sind das Volk!« Sie fordern freie Wahlen und die Abschaffung des Machtmonopols der SED. Sie rufen: »Wir sind *ein* Volk!« Damit meinen sie zunächst nur die Einheit der Bürger und der Polizei, sehr bald aber ist die Einheit Deutschlands gemeint.

Ihre Deutung

Viele Einzelheiten sind noch nicht geklärt, auch liegt noch keine umfassende Analyse vor. Folgende Beobachtungen und Überlegungen aus der Sicht eines katholischen Theologen sollen helfen, die kirchliche und christliche Komponente des Geschehens in den Blick zu bekommen. Alle Seiten sollten sich davor hüten, die Vorgänge nur durch *eine* Ursache zu erklären. Ein weitverzweigtes Geflecht verschiedener Faktoren hat die Wende herbeigeführt. Der Christ jedoch darf aus seinem Glauben heraus dankbar bekennen: Gott hat uns diesen Wandel der Verhältnisse geschenkt. Die großen Theologen des Mittelalters sagten: Gott ist der eigentliche Verursacher von allem (*causa prima*), aber er ist nicht der Alleinverursacher. Er hat uns, seine Geschöpfe, gewürdigt, aus Gnaden teilzuhaben an seinem Wirken (*causae secundae*). Auch in das Geschehen der Wende hat Gott Christen und Kirchen einbezogen, aber nicht nur sie.

Der europäische Kontext

Das Geschehen in der DDR hat vielfältige Voraussetzungen in West und Ost. Es war eingebunden in ähnliche Vorgänge bei den östlichen und südöstlichen Nachbarn. An erster Stelle ist Michail Gorbatschow zu nennen, der mit den Stichworten Glasnost und Perestroika nicht nur in der UdSSR, sondern auch im ganzen Ostblock und darüber hinaus ein »Neues Denken« wagte. Andere sagen, Solidarnosz hat den Stein ins Rollen gebracht. Wieder andere verweisen auf den Volksaufstand in Ungarn, der auf langen Umwegen zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung des Landes führte. Schließlich schauen viele in Verbundenheit auf die Tschechoslowakei, die gestützt auf die Gruppe der Charta 77 einen Prager Frühling zustande brachte ohne Angst vor Gefängnisstrafen.

Beachtet man diesen Kontext, wird deutlich, wie weit verwurzelt und verzweigt — räumlich und zeitlich — die Bedingungen sind, die unsere Wende ermöglichten, wie sehr wir DDR-Bürger Ermutigung nicht nur vom Westen, sondern gerade auch von unseren Schicksalsgefährten im Osten empfangen haben. Das verpflichtet uns und hilft uns, die neue Freiheit und Einheit unseres Landes auf dem Verantwortungshintergrund eines

gemeinsamen Europa zu sehen, unsere Befreiung im Zusammenhang mit der Befreiungsgeschichte aller Völker.

Die DDR vor der Wende

In der DDR war vieles anders als bei ihren sozialistischen Nachbarn wegen ihrer geschichtlich bedingten besonderen Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland. Trotz intensiver Bemühungen des sozialistischen Staates ist es nicht gelungen, die vielfältigen Beziehungen von Mensch zu Mensch absterben zu lassen. Die Bundesrepublik blieb für die meisten DDR-Bürger eine anschauliche deutsche Alternative, die man zwar bei den offiziellen Wahlen nicht wählen konnte, aber doch durch eine sogenannte »Abstimmung mit den Füßen« — wie oft gesagt wurde —, nämlich durch das Verlassen des Gebietes der DDR. Aus diesem Grunde reagierte die Regierung der DDR härter als ihre östlichen Nachbarn auf alle ideologischen Abweichungen. Man nahm eher die Abwanderung oppositioneller Kräfte in Kauf als eine Liberalisierung im Lande.

Das zeigte sich beim Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, der zwar zu einem Volksaufstand wurde, dem aber die Schicht der Intellektuellen fehlte, so daß er nicht zu einer dauerhaften Wende führte, sondern zu einer noch stärkeren Abgrenzung: Am 13. August 1961 zur Mauer nach dem Westen, dann zunehmend auch zu einer Isolation von den östlichen Nachbarn mit Ausnahme von Rumänien und China.

Erst im Laufe der achtziger Jahre bildeten sich auch in der DDR ähnlich wie in der UdSSR, der CSSR und Polen eine intellektuelle Opposition. Anlaß war die Zwangsausweisung Wolf Biermanns, die erstmals zu einer Solidarisierung namhafter Künstler führte. Auch gab es Gruppen von reformwilligen SED-Genossen.

Die Rolle der Kirchen

Beim Aufbau des Sozialismus in der DDR versuchte man staatlicherseits wie in der NS-Zeit alle gesellschaftlichen Kräfte gleichzuschalten einschließlich der kirchlichen Organisationen. In den meisten Ostblockländern regierten staatliche Kirchensekretäre auch in den eigentlichen kirchlichen Bereich hinein. In der DDR wurde jedoch aus der Weimarer Verfassung die Trennung von Staat und Kirche übernommen. Dabei versuchte man, ebenfalls wie in der Hitlerzeit, die Tätigkeit der Kirche auf den rein religiösen Bereich einzuschränken. Darüber hinaus äußerte der Staatssekretär für Kirchenfragen in den 60er Jahren, er wolle die Kirchenpolitik der CSSR (mit ihren Kirchensekretären) zum Vorbild für seine Politik in der DDR nehmen.

Rückblickend muß man jedoch sagen: Die Gleichschaltung der Kirchen und ihrer Gruppen ist der Regierung der DDR nicht gelungen. Die Kirchen waren und blieben der einzige offizielle Freiraum, den es in der DDR-Gesellschaft gab. Diese Freiheit haben sich die Christen freilich in der ersten Zeit hart erkämpfen müssen. Im Maß sie jedoch in diesem sozialistischen Land statistisch zu einer Minderheit wurden, wuchs ihre innere

und äußere Kraft und Freiheit. (Von der weitgehend volkskirchlich geprägten Bevölkerung des Jahres 1945 gehörten 1990 nur noch etwa 25 % einer Kirche an.) Die äußeren Freiheiten betrafen freilich die Amtsträger mehr als die übrigen Gemeindemitglieder. Man sprach damals gern von der Glasglocke, unter der der Staat die Kirchen leben lasse. Es fehlte auch nicht an Stimmen, die den Kirchen vorwarfen, diesen ihren Freiheitsspielraum zu wenig zu nutzen. Was Sacharow der Russisch-Orthodoxen Kirche vorhielt, das warf Rolf Henrich den DDR-Kirchen und der Aktionskreis Halle der katholischen Kirche des Landes vor.

Die evangelische Kirche und die katholische Kirche setzten in der DDR unterschiedliche Akzente in ihrer Einstellung zum Staat. Das führte zu manchem Mißtrauen und zu häufigen Unterstellungen, die staatlicherseits ausgenützt und indirekt verstärkt wurden. Spätestens rückblickend kann man sagen, daß insgesamt, trotz vielfachen Versagens beider Kirchen, sich ihr Zeugnis zunehmend konvergierend ergänzt hat. Die katholische Kirche hat mehr das zu bewahrende Erbe im Blick gehabt und die evangelische mehr die Aktualisierung und Übersetzung in das gesellschaftliche Umfeld.

Die Stellung der Kirchen zum sozialistischen Staat

Bekanntem sich nach 1945 die meisten Bürger des Landes zur evangelischen Kirche, so war die katholische Kirche schon damals landesweit Kirche in der Diaspora, »kleine Herde«, mit Ausnahme zweier kleiner katholischer Enklaven: dem Eichsfeld und einem Teil der Lausitz. Durch den Zustrom von Flüchtlingen und Ausgewiesenen aus den Ostgebieten vor und nach 1945 vergrößerten sich die katholischen Gemeinden um ein Vielfaches. Inzwischen haben sie sich durch Entkirchlichung und Wegzug nach dem Westen wieder verkleinert und etwa den Stand von 1945 erreicht mit 3,5 % der Bevölkerung. Die evangelischen Kirchen sind von früher her gewohnt, als Landeskirche zu den gesellschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Sie verstanden sich weitgehend als Sprachrohr der öffentlichen Meinung. Auch die Bevölkerung erwartete das von ihrer Kirche. Die Synoden der Landeskirchen und die Bundessynode auf DDR-Ebene waren geeignete Instrumente solcher Meinungsäußerung.

Die erste Verfassung der DDR hatte wichtige Passagen aus der Weimarer Verfassung behalten. In der Vorbereitung der Verfassungsänderung von 1968 bemühten sich Regierungskreise um eine Diskussion mit der Bevölkerung, um sie für die Ziele des Sozialismus zu gewinnen. Um in dieser Lage eine Brücke zum Gespräch zu bauen, gebrauchte die (evangelische) Konferenz der Kirchenleitungen des Wort vom Sozialismus als der Möglichkeit einer gerechteren Gesellschaft. Später versuchte man das zu präzisieren durch die Rede von der »Kirche nicht gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus«. Gemeint war es als Ortsbestimmung, verstanden wurde es vielfach als Fortsetzung des alten Bündnisses von Altar und Thron. Gegen Ende der 80er Jahre wurde dieser Ausdruck jedoch zunehmend auch evangelischerseits kritisiert und aus dem Gebrauch genommen.

Katholischerseits gab es als offizielle Meinungsäußerungen der Kirche in Verbindung mit Laien nur die Meißner Diözesansynode, die 1971 von der Pastoral-synode in der DDR abgelöst wurde, und die Delegiertenzusammenkunft des Katholikentreffens 1987 in Dresden, das sogenannte »Kleine Katholikentreffen«. Äußerungen der Berliner Bischofskonferenz zum sozialistisch geprägten gesellschaftlichen Umfeld der Kirchen waren relativ selten, dann aber kritisch und scharf. Von einem Staatswesen, das den Atheismus zu seiner ideologischen Grundlage gemacht hatte, erwartete man nicht allzuviel. Oft zitiert wurde das Wort des Meißner Bischofs Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag 1956: »Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten ... Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dies Haus bleibt uns ein fremdes Haus.« Bischof Piontek warnte in einer Wallfahrtspredigt vor dem »Mitmachen«. Gott wird uns beim Weltgericht nicht fragen, ob wir mitgemacht haben, sondern ob wir den Willen Gottes erfüllt haben. Die Kirchenzeitung, die diese Predigt abgedruckt hatte, mußte eingestampft werden. Erst gegen Ende der 80er Jahre wurde deutlicher auf die Verantwortung in der Gesellschaft hingewiesen und ermutigt, solche zu übernehmen.

Die unterschiedliche Akzentsetzung bei der Beurteilung der sozialistischen Verhältnisse im Lande dürfte der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß die Berliner Bischofskonferenz erst 1990 Vollmitglied der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (AgCK) in der DDR wurde, während die Deutsche Bischofskonferenz bereits 1974 der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) in der Bundesrepublik beigetreten war.

Kirchliche Initiativen vor der Wende

In der evangelischen Kirche gab es verschiedene Initiativen gesellschaftlicher Verantwortung, an denen sich die katholische Kirche nur — mehr oder weniger — inoffiziell beteiligte. Die Friedensdekade wurde 1982 eingeführt. Sie wird jeweils 10 Tage vor dem November-Buß- und Betttag begangen. INKOTA (Informationen, Kontakte, Tagungen) nannte sich eine Initiative, die sich um Bewußtmachung unserer Verantwortung für die 2/3-Welt kümmert. Weiterhin wendet sich das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg den Fragen unserer ökologischen Verantwortung zu. Die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gab der gesellschaftlichen Verantwortung der Kirchen einen offiziellen Rang, den sie bisher nicht hatte. Sie verdankt ihr Zustandekommen verschiedenen Anregungen: dem Aufruf Carl Friedrich von Weizsäckers zu einem Friedenskonzil, dem Friedensgebet von Assisi, zu dem Papst Johannes Paul II. eingeladen hatte, und schließlich und vor allem dem Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen aufgerufen hat. Nach bisherigen Erfahrungen mit vergleichbaren Initiativen in der DDR war mit einer katholischen Teilnahme kaum zu rechnen.

Die Ökumenische Versammlung

Am 13. Februar 1986, dem jährlichen Gedenktag der Zerstörung Dresdens im Jahr 1945, fordert der Stadtökumenekreis Dresden die Kirchen im Gebiet der DDR auf, im Vorfeld der Europäischen Versammlung und einer Weltkonvokation landesweit eine »Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« einzuberufen. Viele Arbeitsgruppen des Kleinen Katholikentreffens befürworten energisch die katholische Teilnahme. Die Arbeitsgruppe *Justitia et Pax* der Berliner Bischofskonferenz präzisiert und modifiziert in der Vorbereitungsgruppe der Ökumenischen Versammlung die Bedingungen der Mitarbeit. Nach Konsultationen mit anderen Bischofskonferenzen und dem Apostolischen Stuhl beschließt die Berliner Bischofskonferenz nach fast zweijähriger Bedenkzeit am 5. Dezember 1987 die Teilnahme der Römisch-Katholischen Kirche ihres Landes an der Ökumenischen Versammlung durch ihr offizielles Organ *Justitia et Pax*.

Bis Ende Januar 1988 gehen aus den Gemeinden über 10000 Vorschläge zu den Themenschwerpunkten Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung ein, die sich etwa gleichmäßig auf die drei Schwerpunkte verteilen. Den kirchlichen Kreisen, die die Ökumenische Versammlung gefordert hatten, schwebte vor, einen starken Akzent zu setzen auf Abrüstung und Hilfe für die Dritte Welt. Damit rechneten auch die staatlichen Stellen, als sie von dem kirchlichen Vorgang hörten. Bei den Gemeindevorschlägen wurden aber auch die Probleme im eigenen Land angesprochen. Das konnte man um der Glaubwürdigkeit willen nicht unterbinden. Bei der Eröffnungsveranstaltung am 13. Februar 1988, die öffentlich in der Dresdner Christuskirche stattfand, zeigte sich bei den Teilnehmern eine subjektive Akzentverschiebung. Um einen gemeindenahen »induktiven Einstieg« zu haben, begann man mit »Zeugnissen der Betroffenheit«. Da kamen die Ungerechtigkeiten in der Dritten Welt durch Erlebnisberichte zur Sprache, aber auch Ungerechtigkeiten in der DDR; Friedensbedrohung durch Aufrüstung der Großmächte, aber auch schon im Kindergarten beginnende militant militaristische Erziehung; schließlich der gedankenlos verschwenderische Lebensstil der einzelnen, aber auch Umweltsünden im großen Stil: Waldsterben und Uranbergbau. Es ist verständlich, daß diejenigen Beiträge den größten Beifall bekamen, die Themen ansprachen, die bisher nicht in der Öffentlichkeit genannt werden durften. Unsachlich verstärkt wurde diese Akzentverschiebung jedoch durch die einseitige Berichterstattung der westlichen Medien; sie erwähnten von den Zeugnissen der Betroffenheit nur ein einziges: Mehr Gerechtigkeit in der DDR. Es ist verständlich, daß die staatlichen Stellen überaus nervös reagierten. Die Kirchenzeitungen in der DDR hatten zur Fürbitte für das Gelingen der Ökumenischen Versammlung aufgefordert. Ein Vorschlag des Fürbittgebetes erwähnte auch Verbesserungen in der DDR. Die Zeitungen, die dies Gebet abgedruckt hatten, mußten auf staatliche Weisung hin eingestampft werden.

Bei der Ökumenischen Versammlung selbst wurden sich evangelische und katholische Delegierte meist schnell einig. Anders war es mit Delegierten, die der traditionellen CDU des früheren demokratischen Blocks nahestanden. Da wurde das Papier: »Mehr Gerechtigkeit in der DDR« zum Streitpunkt, so daß in diesem Fall eine qualifizierte

Minderheit überstimmt werden mußte. Auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen versuchte — zwar ohne Erfolg — durch Beeinflussung mehrerer prominenter Delegierter dieses Papier zu Fall zu bringen.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR ermöglichte in dieser ökumenischen Breite erstmals eine qualifizierte Stellungnahme zu gesellschaftlichen Fragen mit einer erstaunlichen Mitarbeit der Gemeinden. Das alles war neu.

Die Christlichkeit dieser Initiativen

Wie war es gelungen, alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Vollmitgliedschaft oder im Beobachterstatus mitarbeiteten, zur Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung und zur Entgegennahme ihrer Ergebnisse zu bewegen? Wenn auch die Hauptunterschiede zwischen den Kirchen in ihren Auffassungen zu sehen sind, wie das Heil Jesu Christi an die Menschen zu vermitteln ist, so bestehen jedoch auch Differenzen in ihrem Verhältnis zu den Bereichen der Schöpfungsordnung. Fundamentalistische Gruppen in den Großkirchen und viele Freikirchen stellen die Frage: Sind die Themen der Ökumenischen Versammlung nicht viel zu innerweltlich und diesseitig, als daß eine Kirche sich offiziell damit befassen dürfte? Diese Themen gehören doch zu dem »Vielerlei« und nicht zu dem »einen Notwendigen«, von dem Jesus spricht! (vgl. Lk 10,41f.). Haben wir nicht die Aufgabe, das Reich Gottes zu suchen und seine Herrlichkeit, und sollen wir nicht darauf vertrauen, daß dann alles andere hinzugegeben wird? (vgl. Mt 6,33).

Oft wurde zitiert: Kirche muß Kirche bleiben. Landesbischof Hempel sprach vom begrenzten politischen Mandat der Kirche. Bischof Leich sagte: Die Kirche ist für alle da, aber nicht für alles. Die Adventisten fragten in der gemeinsamen Diskussion verschiedentlich sehr deutlich: Machen wir jetzt nicht eine Frage der Schöpfungsordnung zu einer Heilsfrage? Katholiken fragten im Sinne des II. Vatikanischen Konzils: Sind das nur Aufgaben für Christen in der Welt oder auch Aufgaben für die Kirche als Institution? Der Erfurter katholische Dogmatiker Lothar Ullrich betonte: Wir dürfen die Ebenen der Schöpfungs- und Heilsordnung nicht vermengen, aber auch nicht auseinanderreißen. Es besteht bei Aussagen über sie nicht Identität, aber die Beziehung der Korrelation, der gegenseitigen Entsprechung.

Schließlich haben sich alle entschlossen, die erarbeiteten Texte zu verabschieden. Man wird ihre Motive sinngemäß so zusammenfassen dürfen: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind zwar nicht das Reich Gottes, aber der Christ muß sein Christsein vor allem in diesen Bereichen bewähren, nämlich in den sechs Tagen der Arbeitswoche und nicht nur beim Gottesdienst am Tag des Herrn. »Das eine Notwendige« läßt sich nicht realisieren ohne Bezug zu diesen innerweltlichen Fragen. Freilich muß man auch bei der Umsetzung der Initiativen prüfen, ob man dem Geist des Evangeliums treu bleibt. Konkret wird das für die Kirchenleitungen heißen, daß sie fra-

gen müssen, ob die Anliegen auch umfassend genug gesehen werden und ob sie einen solchen konkreten Bezug zum Leben des einzelnen Christen haben, daß sich Pfarrgemeinden dafür einsetzen können. Auch wird zu prüfen sein, ob aus der Kraft des Glaubens der Mut groß genug ist, sich diesen neuen, unbequemen Fragen zu stellen.

Die Wende in der DDR

Etwa ein halbes Jahr nach der Verabschiedung der Texte der Ökumenischen Versammlung ereignete sich in der DDR das, was Egon Krenz »Wende« nannte. Wie sehr diese kirchliche Initiative die Wende innerlich vorbereitet hat, geht aus dem Umfang hervor, in dem die Aussagen der Versammlung in die Programme der neuen Bürgerinitiativen und neuen Parteien eingegangen sind. Auch die Namen vieler Delegierter der Ökumenischen Versammlung fand man später wieder in den politisch aktiven Gruppen. Man kann nicht sagen, ohne Ökumenische Versammlung hätte es keine Wende geben können. Aber man muß sagen, so wie die Wende gekommen ist, war sie stark geprägt durch viele kirchliche Initiativen, durch Friedensgebete, Umweltgruppen, Dritte-Welt-Aktionen und vor allem durch die Ökumenische Versammlung. Der gläubige Christ wird bekennen: Es hat Gott gefallen, seine Kirche mit ihren Gruppen trotz ihrer Schwächen in ökumenischer Breite fünf Minuten vor zwölf als Werkzeuge seiner Wende zuzurüsten und in Dienst zu nehmen.

Daß das nicht selbstverständlich ist, mag eine Erinnerung an den Märtyrerpriester, Pater Max Josef Metzger belegen. Gegen Ende des 2. Weltkrieges war er wegen seiner Friedensarbeit vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. Aus dem Gefängnis heraus schrieb er an Papst Pius XII. einen langen Brief. Darin fragt er: Wie war es möglich, daß ein Mann wie Adolf Hitler in einem im Grunde christlichen Lande zur Macht kommen konnte? Er fährt fort: Das war nur möglich, weil die Christenheit unseres Landes in Katholiken und Evangelische gespalten war. Er ist der Überzeugung: Eine geeinte Kirche hätte die Katastrophe verhindern können durch gemeinsames Zeugnis, durch inneren gemeinsamen Widerstand. Dann beschwört er den Papst, mutige Schritte auf die Einheit der Christen hin zu tun. Heute können wir sagen: Was den Christen von 1933–1945 versagt war, wurde uns jetzt geschenkt. Durch ein gemeinsames Zeugnis durften wir dazu beitragen, eine ungerechte Regierung mit verlogener Propaganda und ungerechter Politik gewaltfrei zum Rücktritt zu zwingen.

Worin bestand die Wende? Egon Krenz unterschied Wende ausdrücklich von Umkehr. Umkehr lehnte er ab. Ein Marxist kann sich wohl nur eine Kursverbesserung auf dem grundsätzlich richtigen Weg vorstellen. Er fürchtete — mit vielen seiner Genossen — mit Umkehr eine Rückkehr zu überwundenen Fehlern, ein Zurückdrehen der Geschichte. Bestehenbleiben sollte das unveränderte sozialistische Fortschrittsschema sein.

Immerhin war jetzt möglich geworden, was der Erfurter Propst Heino Falcke als »verbesserlichen Sozialismus« gefordert hatte. Wenige Zeit vorher war Falcke wegen dieser Äußerung von den offiziellen Parteiideologen schärfstens angegriffen worden. Solche Parolen seien die neueste Taktik des Klassenfeindes. Dennoch gab es in den

letzten Jahren schon einzelne marxistische Philosophen und Wissenschaftler, die bereit waren, mit kirchlichen Gruppen das Gespräch zu suchen, und die nicht mehr fürchten mußten, deswegen ein Parteiverfahren zu riskieren. So gelang es einigen Gruppen der Ökumenischen Versammlung, zu Expertengesprächen zu kommen mit Marxisten, die in Forschung und Lehre tätig waren. Auch auf dem Leipziger Kirchentag im Juli 1989 gab es ein gutbesuchtes Podium mit einem marxistischem Philosophen, bei dem es ihm aber nur schwer gelang, die Fragen der Kirchentagsteilnehmer einigermaßen überzeugend zu beantworten. Auch Professor Konrad Feiereis, der katholische Philosoph vom Theologischen Studium in Erfurt, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Er hat im Auftrag des Vatikans an internationalen Gesprächen mit Marxisten in Budapest teilgenommen. Auch in der DDR sind einige Gespräche von ihm in dieser Richtung möglich geworden.

Um den Einfluß der offiziellen Kirche auf die Wende aber nicht zu hoch zu bewerten, sollte man beachten: Kein kirchliches Gremium und keine Synode hat je den Führungsanspruch der SED oder etwa das Wahlsystem der verbundenen demokratischen Blockparteien öffentlich infrage gestellt. In den letzten Jahrzehnten wurde auch nicht mehr von der Einheit Deutschlands gesprochen. Solche Forderungen galten als utopisch, nicht politikfähig, unseriös. Sie wurden verbannt in das Gebiet des Wunschdenkens von Leuten, die keinen Blick für die Realitäten des Lebens haben. Noch im Sommer 1989 gab es ein Wort der evangelischen Kirchenleitungen an die Gemeinden, in denen sie warnten vor der Teilnahme an Demonstrationen. Solche Aktionen würden die Verhältnisse im Lande nicht verbessern, sondern nur die Härte der Regierungsmaßnahmen verschärfen.

Viele Zuschriften von Gemeindemitgliedern an die Ökumenische Versammlung begannen mit den Worten: »Wir Christen fordern von den Verantwortlichen in unserem Staat ...« In den verabschiedeten Texten taucht jedoch nur noch die Formulierung auf: »Die Ökumenische Versammlung bittet die Leitungen ihrer Kirchen, bei Verhandlungen mit staatlichen Stellen darauf hinzuwirken, daß ...« Schließlich sei daran erinnert, daß Konsistorialpräsident Manfred Stolpe beim Kirchentag in Leipzig im Sommer 1989 noch öffentlich sagte: Wir wollen, daß es besser wird in der DDR und keine kapitalistische DDR.

Von der Wende zur Einheit Deutschlands

Die Demonstrationen im Herbst 1989 hatten eine Reformbereitschaft des SED-Staates erzwungen. Die Scheinwahlen vom Mai 1989 wurden erstmals als Betrug gebrandmarkt, freie Wahlen gefordert mit der Möglichkeit der Kandidatur neuer Bürgervereinigungen. Es gab auf allen Ebenen und an allen Orten »Runde Tische« mit Pfarrern aus den beiden Großkirchen, die sich mit Energie als demokratische Kontrolle den undemokratisch »gewählten« Behörden entgegenstellten. Das Ziel der Demokratisierung des sozialistischen Staates war festgeschrieben. Der entscheidende Schritt schien getan. Man hätte das Weitere der neuzuwählenden Regierung überlassen können. Aber die Demonstrationen gingen weiter, vor allem in Leipzig und Dresden. Nach der Parole: »Wir sind das Volk!«

ging es weiter zu dem Ruf: »Wir sind *ein* Volk!« Schwarz-rot-goldene Fahnen ohne DDR-Emblem wurden überall geschwenkt, auch Fahnen mit den Landesfarben. Bei den Kundgebungen der Demonstrationen konnten SED- (später PDS-) Redner kaum noch reden. Sobald man sie erkannte, wurden sie ausgepiffen. Neue Sprechchöre riefen: »Nieder mit der SED!«, »Deutschland!« Wie kam es dazu? Ein wichtiger Grund dürfte sein, daß die Leute an der Basis den Umfang der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und die Notwendigkeit finanzieller Hilfe für den Neuaufbau besser erkannten als die Intellektuellen und die Theologen in den Bürgerinitiativen. Dazu kam, daß die politische Öffnung der Grenze nach dem Westen der Masse der Bevölkerung anschaulich vor Augen führte, wie ein wirtschaftlich florierendes Land aussieht. Die neuen Bürgerinitiativen und die wiedergegründete SPD waren anfangs zurückhaltend mit der Einheit Deutschlands. Erst später bekannten auch sie sich dazu, warnten aber vor zu schnellem Zusammenschluß, um — wie sie sagten — »DDR-Errungenschaften nicht zu verschleiern«.

Die Demonstrationen gingen bis zur Wahl im Frühjahr 1990 weiter, bekamen aber einen anderen Charakter. Waren sie anfangs Bürgeropposition gegen den Staat, so wurden sie zunehmend Wahlveranstaltungen. Es waren keine Demonstrationen der Geschlossenheit mehr, sondern der Zerstrittenheit. Sie wurden abgelöst von Wahlveranstaltungen einzelner Parteien. Auf ihnen wagte keine größere Partei mehr, die Einheit Deutschlands in Frage zu stellen.

Die Einheit Deutschlands und die Kirchen

Als Gorbatschow im Herbst 1989 nach seiner Auffassung zur Einheit Deutschlands gefragt wurde, antwortete er: »Sie steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung.« Später stand sie dann wohl darauf. Wer hat sie draufgesetzt? Die Kirchen nicht, weder die Kirchenleitungen noch die Gemeinden; die Friedensgruppen nicht, auch nicht andere der engagierten Bürgerinitiativen. Alle haben sich später das Ziel der Einheit Deutschlands zu eigen gemacht, wenn auch mehr oder weniger schnell, mit mehr oder weniger Wenn und Aber. Wer aber hat sie auf Tagesordnung der Politiker gesetzt? Weder die Bundesrepublik noch unsere Nachbarn, sondern die breite Bürgerschaft der DDR. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte im Rahmen der Wahlvorbereitungen im Frühjahr 1990 vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden: Der einzige Souverän, der zu respektieren ist, »Seine Majestät, das Volk« hat gesprochen.

Vielen — vor allem evangelischen — Theologen ist es schwer gefallen, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen und zu respektieren. Sie hatten vom Evangelium gelernt, auch gegen alle Hoffnung auf Hoffnung hin zu glauben (vgl. Röm 4, 18). So glaubten sie auch jetzt, dem unpopulär gewordenen Marxismus die Treue halten zu müssen, zumal sie im Gespräch mit den Genossen bisher immer gesagt bekommen hatten: »Ihr behauptet, den Marxismus verbessern zu wollen. In Wirklichkeit wollt ihr ihn abschaffen.« So konnte man die paradoxe Erscheinung beobachten, daß manche Theologen anstelle des realexistierenden Sozialismus dem »wahren« Marxismus nachtrauerten — mehr als die Marxisten selber. Denn die Genossen wußten aus der

Marx'schen Ideologiekritik, daß das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist und daß man eine schlechte Praxis nicht durch Glauben und moralische Appelle ändert, sondern nur durch eine Kritik der falschen Ideologie.

Auf diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, warum die gemeinsame Abschlusserklärung der Klausurtagung von Beauftragten der »Evangelischen Kirche in Deutschland« und des »Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR« vom 15. bis 17. Januar 1990 in Loccum aus den Kreisen dieser Theologen auf so harte Kritik stieß.

Man sollte die Entscheidung des Volkes zur Einheit Deutschlands nüchtern zur Kenntnis nehmen, mag sie einem gefallen oder nicht. Sicherlich, sie ist von einem Bündel unterschiedlichster Motive getragen. Man sollte sie nicht als moralisch zweifelhaft abzuwerten suchen, aber auch nicht ethisch hochstilisieren. Sie ist uns vom Volk auf die Tagesordnung gesetzt. Prophetisch könnte man sagen: Sie ist uns von Gott gegeben und aufgegeben. Sie ist unsere Aufgabe, die wir für uns und unsere Nachbarn gut lösen sollen.

Nach der Wende, am 10. Januar 1990, lud der Stadtökumenekreis Dresden wieder einmal zu einem ökumenischen Arbeitstag zum konziliaren Prozeß ein. Es wurden resignierte Stimmen laut: »Wir haben unseren Kopf hingehalten für eine Änderung in der DDR. Jetzt kommen andere und verfälschen unsere Ziele. Vor lauter Einheit Deutschlands werden die Optionen der Ökumenischen Versammlung vergessen.« Da sagte in seinem Statement zur Lage der sächsische Landesbischof Hempel ein helfendes Wort, das Orientierung gab: »Die Einheit Deutschlands ist für mich ein hoher Wert, aber nicht der höchste. Die Einheit Europas und die Einheit der Völker sind für mich höhere Werte. Ebenso Frieden und Gerechtigkeit.« Man kann Hempels Gedanken weiterführen und darauf hinweisen: Wir dürfen die Einheit Deutschlands nicht absolut setzen, das heißt, losgelöst sehen, denn sie ist weder in sich ein Heilswert noch ein sittlicher Wert, sondern eine geschichtliche Realität mit einem bestimmten Nützlichkeitswert. Deshalb muß sie dienstbar gemacht und einbezogen werden in größere Zusammenhänge, sie muß sittlichen Wertvorstellungen eingefügt bleiben. Aber auch die Teilung Deutschlands ist kein Wert in sich. Sie kam zustande durch die Uneinigkeit der damaligen Siegermächte. Sie kann höchstens zeitweilig sinnvoll gemacht werden, eingefügt in sinngebende Zusammenhänge z. B. als Zeit der Läuterung. Vor allem dürfen wir aber nicht zulassen, daß die Einheit Deutschlands wieder mythologisch verklärt wird. Christus ist das Ende von jedem Nationalismus. Jedes Volk ist eingefügt in die Gemeinschaft der Völker und muß ihr dienen.

Als Zusammenfassung möchte ich sagen: Die evangelische Kirche verhielt sich pragmatischer und versuchte, den Sozialismus zu vermenschlichen. Die katholische Kirche ging mehr von der Theorie aus und lehnte den Sozialismus ab wegen seiner weltanschaulichen Grundlagen. Die evangelische Kirche war in Gefahr, den Sozialismus zu idealisieren, die katholische Kirche dagegen, ihn nur polemisch zu bekämpfen. Beides waren einseitige Haltungen. Für beide Kirchen kam die Forderung nach der Abschaffung des sozialistischen Staates und nach der Einheit Deutschlands überraschend. Sie kam nicht aus der Initiative einer Kirche, sondern aus dem Volk. Nachträglich bedacht erscheint das auch durchaus als richtig, denn eigentliche Aufgabe der Kirche ist nicht die

Initiierung politischer Veränderungen, sondern Hilfe zur »Unterscheidung« politischer Prozesse und ihre Begleitung aus christlichem Geist.

Eine geistliche Deutung des Herbstgeschehens 1989

Die Wende in der DDR kam zustande durch das Zusammenwirken vieler, nicht von Menschenhand koordinierter Kräfte. Die Einheit Deutschlands ist darüber hinaus noch deutlicher nicht das Werk einzelner Persönlichkeiten oder Politiker, kirchlicher Kreise oder Kirchen. »Sie kam über uns.« Eine erste sprachliche Reaktion, die auch durch die Medien ging, war: »Die Mauer ist weg. Wahnsinn! Ick gloobs nich.« Man kann erinnert werden an den Gottesschrecken vor dem leeren Grab Christi (vgl. Mk 16,8). Spätere Äußerungen überwandten die Sprachlosigkeit. Wie sind sie zu bewerten? Nazistische Parolen, die es am Rande gab, braucht man wohl nicht überzubewerten. Auch günstige wirtschaftliche Aussichten drängten sich erst später in den Vordergrund. (»Die Ostdeutschen wollen schnell zu ihrem Mercedes kommen!«) Der erste spontane Eindruck war: Wir sind frei! Wir wurden befreit. Christen dachten an das Pauluswort: »Was keinem Menschen in den Sinn gekommen ist, das hat Gott denen bereitet, die ihn lieben« (1 Kor 2,9). Und sie dankten betroffen: »Als der Herr die Gefangenschaft Zions wendete, da waren wir alle wie Träumende ...« (Ps 126).

Freilich, dann kommt die Melancholie des erreichten Zieles (Ernst Bloch) und man stellt sich die Frage: War das Glück der Erfüllung nur eine Täuschung?

Hier weiß der Christ: Jede erfüllte Hoffnung weist über sich hinaus auf die Erfüllung aller Verheißungen Gottes in Christus (vgl. 2 Kor 1,20). Die Einheit Deutschlands ist kein Selbstzweck, kein Heilswert. Sie verweist auf die höheren Werte, auf den höchsten, die Einheit aller Völker im Reiche Gottes. Deshalb sollten wir sagen, wenn Ernüchterung aufkommt, weil der Weg der Einheit so mühsam ist und so dornenreich, so banal und so enttäuschend: Auch das ist heilsam, denn es macht bewußt, daß die Einheit einer Nation nicht das Eigentliche ist. Sie soll hinweisen auf die letzte Einheit aller in Gott.

Wir Deutschen haben im Namen der absolut gesetzten Nation in der Vergangenheit viel Unheil über die Völkerwelt gebracht. Wir sollten uns bemühen um glaubhaftes Reden und Tun. Wir haben aus der gemeinsamen Schuld der Vergangenheit eine besondere Verpflichtung: vorzuleben, wie man die Gabe der nationalen Einheit partnerschaftlich einbringt in die Gemeinschaft der Völker.